

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich erst einmal ausdrücklich betonen, dass auch wir LINKE an der Seite der Beschäftigten stehen, auf deren Rücken die K+S-Konzernspitze den Streit um möglichst billige Entsorgungswege austrägt.

Doch nun zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der SPD: Es ist purer Populismus, wenn angesichts der Versalzung des Grundwassers, SIE die Behörden auffordern, weitere Versenkung zu genehmigen. Was da von Ihnen gefordert wird, ist salopp gesagt, ganz schön kurzsichtig

Die Arbeitsplätze dienen dem Konzernmanagement als Faustpfand, um weiterhin umweltschädliche, gesetzeswidrige und hohe Folgekosten verursachende Entsorgungswege zu erpressen.

In Heringen zerstört das salzige Grundwasser die Kanalisation und gefährdet das Klärwerk. Wegen versalzener Trinkwasserbrunnen musste die Stadt an eine Fernwasserleitung angeschlossen werden. In Unterbreizbach ist das Grundwasser verseucht mit Schwermetallen und Salz. - Zum Schutz der Bevölkerung hat das Thüringer Landesamt im Juli sogar jede Nutzung des Grundwassers untersagt.

Die Versenkung der Lauge, wie auch übrigens die Haldenerweiterung, sind keine zukunftsfähigen Entsorgungswege mit denen die Kaliproduktion und die Arbeitsplätze gesichert werden können.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie wenden sich hier an den falschen Adressaten. Nicht die Landesregierung hat zu liefern, sondern die Konzernleitung. Durch verspätetes und unvollständiges Einreichen der Genehmigungsunterlagen hat diese dafür gesorgt, dass das Verfahren unnötig in die Länge gezogen wird

Und noch etwas, meine Damen und Herren von der SPD: In einem Punkt haben Sie Recht:

Wie die Arbeitsplätze kurzfristig gesichert werden können, hat die rot-rot grüne Landesregierung in Thüringen vorgemacht.- Auch unsere Landesregierung muss die Konzernspitze von K+S zum Umsteuern zwingen. Eine umweltverträglichere Entsorgung ist technisch und wirtschaftlich machbar!

Sie sollten verstehen, dass wir auch heute wieder Ihren kurzsichtigen Antrag ablehnen werden.